

# Bundespräsidentenamt als Beute

## Joachim Gauck als neuer Bundespräsident?

5 Intrigen werden von Insidern gesponnen. Denn dafür braucht man Insiderwissen. Die Bildzeitung pflegt nicht einen investigativen Journalismus, der nur der Aufklärung der Wahrheit verpflichtet ist. Sie steht für Kampagnenjournalismus. Sie macht Politik. Sie kalkuliert die Wirkung ihrer Veröffentlichungen. Sie veröffentlicht und verschweigt nach beabsichtigten Wirkungen. Sie kalkuliert auch den Zeitpunkt einer Veröffentlichung im Zusammenhang mit ihrer  
10 Kampagne. Der jetzt von ihr ausgelöste Skandal um Bundespräsident Christian Wulff ordnet sich da nahtlos ein. Wie die Springerpresse fast täglich neue Details nachschiebt, die sie auch früher hätte veröffentlichen können, wenn es nur um die Aufklärung des Sachverhaltes gegangen wäre, lässt die Absicht spüren und verstimmt. Am 4.12.2012 steht nun in der Zeitung<sup>1</sup>, dass  
15 schon früher Christian Wulff durch Anruf bei der Springer-Presse mit Drohungen versucht hat, ihm nicht genehme Veröffentlichungen zu verhindern. Warum wurde das nicht damals sofort öffentlich gemacht?

Das Bundespräsidentenamt wurde immer wieder unter dem Machtkalkül vergeben. Die Auswahl der Kandidaten und seine Besetzung war Gegenstand  
20 koalitionstaktischer Überlegungen der Parteien. Einen Bürgerpräsidenten zu wählen, der die besten Eigenschaften der Nation repräsentiert, war unter den Parteien kein Gesichtspunkt. Václav Havel war in Tschechien ein Modell eines solchen Präsidenten. Joachim Gauck in Deutschland wäre es gewesen. Er ist zwar konservativ und ein Bellizist in dem Sinne, dass er für den Einsatz  
25 der Bundeswehr in der Welt eintritt. Aber er stand für den unabhängigen Bürgersinn auch gegen die Macht und für die Freiheit und Unabhängigkeit, nicht als politisch - taktisches Kalkül in einer Einzelfrage sondern im Grundsatz und vorrangig vor Einzelfragen. Deswegen war er bei den Bürgern so beliebt und gab es eine Bürgerbewegung, ihn zum Präsidenten zu machen. Die  
30 Linkspartei hat aus parteitaktischem Kalkül sich dieser Bewegung verweigert. Zu vielen Parteimitgliedern und ehemaligen SED – Mitgliedern oder auch nur angepassten DDR – Bürgern als potentielle Wähler Der Linken machte er ein schlechtes Gewissen: Er ist lebendes Beispiel für ein gutes Leben im schlechten. Er hat immer bewiesen, wie man in einer Diktatur leben und überleben kann, ohne mit den Wölfen zu heulen. (Nicht nur) seinetwegen funktionieren die Rechtfertigungs- und Entschuldigungsreden all der devoten Speichellecker und Mitläufer nicht. Dass Gauck mit politischen Positionen der  
35 „Linken“ nicht übereinstimmt, war nur Vorwand. Die Linke kann einstweilen ja nicht annehmen, dass Deutschland einen Präsidenten bekommt, der ihre politischen Positionen teilt. Aber „Die Linke“ hätte mit der Unterstützung von Gauck als Bundespräsidenten deutlich machen können, dass sie die Charaktereigenschaften der Anpassung und Unterordnung, die in der DDR und in den Betrieben, dem öffentlichen Dienst und den Parteien der BRD prämiert werden, nicht mehr unterstützt sondern eine Partei der Freiheit für die Bürger  
40 geworden ist. Sie hat mit der Ablehnung der Kandidatur von Gauck das Ge-

---

<sup>1</sup> Weser Kurier S 1 „So soll der Bundespräsident bereits im vergangenen Sommer vergeblich versucht haben, einen Artikel der "Welt am Sonntag" über seine Familiengeschichte zu verhindern. Auch in diesem Fall habe er bei der Verlagsführung interveniert und einem der Autoren mit unangenehmen Konsequenzen gedroht.“

genteil kenntlich gemacht und schließlich mit den hasserfüllten Reden vieler ihrer Repräsentanten noch mal besonders betont.

Auch die Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten war ein machtpolitisches Kalkül der Kanzlerin und der CDU/CSU, dass die Regierungskoalition mit der FDP trotz einiger Turbulenzen steht. Dieser Heerschau in Bund und Ländern haben die Regierungsparteien die Wahl eines Bürgerpräsidenten untergeordnet. Nun erodiert die Macht der Regierungskoalition dennoch. Auf die Bevölkerung sollen wegen der Euro- und Staatsschuldenkrise enorme Lasten abgewälzt und dabei die Reichen geschont und geschützt werden. Dafür reicht die FDP als Koalitionspartner nicht mehr aus, zumal sie ohnehin den Ruf hat, nur die Reichen zu beschützen, gleichzeitig aber mit einer starken inneren Opposition gegen die Euro-Rettungsschirme zu Lasten von Deutschland ein unsicherer Kantonist ist, was die Freiheit der Verhandlungen der Kanzlerin in Europa anbelangt. Die Lasten auf die breite Masse der Bevölkerung zu verteilen, kann nur mit der SPD und den Grünen gelingen, ohne breiten Widerstand zu provozieren. Die Grünen organisieren potentielle intellektuelle Sprecher einer Volksbewegung, die sich nicht nur als Arbeitnehmer definieren. Beide Parteien wetteifern ja darin, sich der CDU als Koalitionspartner für dieses politische Geschäft anzubieten. Nach gegenwärtigen Umfrageresultaten könnten die beiden das Geschäft nach Wahlen auch ohne CDU / CSU machen. Das gilt es zu verhindern. Die CDU / CSU will nicht aus Nibelungentreue mit der FDP von der Macht verdrängt werden. Die Grünen fürchten die Konkurrenz der Piraten-Partei. Sie könnte eine rot-grüne Regierungsmehrheit verhindern. Die SPD hätte dann keinen anderen Koalitionspartner als die CDU / CSU und wäre machtloser Juniorpartner, der wieder in der Koalition, in der sie alle Schweinerein mitmacht, anschließend dafür von ihren Wählern bestraft würde. Die CDU / CSU robbt mit sozialpolitischen Lockerungsübungen schon auf die SPD zu: Mindestlohn, Relativierung der Rente mit 67 durch Nennung zusätzlicher Bedingungen für ihre Realisierung usw. Einige Zugeständnisse muss die CDU / CSU ohnehin an die Arbeitnehmer machen, weil die anderen Euroländer verlangen, dass die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands durch Lohndumping abgebaut werden. Ohne einen solchen Abbau brähe der Euroraum ohnehin eher früher als später zusammen. Solche partiellen Teilzugeständnisse ändern natürlich nichts an den großen Belastungen, die aus den Bankenrettungen usw. allgemein verteilt werden müssen. Seit dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft und dem Zugeständnis, dass die Endlagerfrage für Atommüll neu aufgerollt wird, gibt es zwischen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen ohnehin keine unüberbrückbaren Gegensätze mehr, die eine Koalition prinzipiell unmöglich machen würden.

Also alles spricht für einen Koalitionswechsel. Und um den einzuleiten, hat sich das Bundespräsidentenamt schon mehrfach für die Parteien bewährt. Es ist aber nur zu vergeben, wenn es frei wird. Und da die Wahlperiode des Bundespräsidenten fünf Jahre dauert und Wulff erst 2010 gewählt wurde, steht der Posten eigentlich nicht zur Verfügung. Aber es wäre vorteilhaft, wenn der Posten des Bundespräsidenten wieder zu vergeben wäre. Wie macht man das? In der Bundesrepublik im Allgemeinen wird nur jemand etwas, der mindestens eine Leiche im Keller hat, was natürlich auch für Christian Wulff gilt. Wer keine Leiche im Keller hat, der wäre unabhängig und nicht

erpressbar. Auf den könnte man keinen Fraktionszwang ausüben usw.<sup>2</sup> Und wie fast alle größeren Veränderungen in Wirtschaft und Politik mit Intrigen und Skandalen eingeleitet wurden, so auch dies Mal. Die Springer-Presse agiert als integraler Bestandteil dieser Machtauseinandersetzung. Ein großer Teil der Bevölkerung lässt sich eben mit erzeugter moralischer Empörung in die gewünschte Richtung lenken bzw. entsprechende Veränderungen reaktionslos hinnehmen, auch wenn sie merken, dass sie gegen sie selbst gerichtet sind.

Christian Wulff bleibt ja nichts anderes mehr übrig, als zurück zu treten. Es wird in genügend Mafia-Filmen und anderen Darstellungen über das Sozialverhalten in solchen von Macht und Interessen zusammen gehaltenen Gruppen dargestellt, was passiert, wenn sich die Gruppe, in die man in gleicher Form eingebunden ist, sich von einem abwendet und einen zum Sündenbock und Outcast macht. Man kann das politisch nicht überleben, wenn man sich sperrt. Es bleibt der betroffenen Person nur, über die Abfindung zu verhandeln, weil sie ja meist auch von Leichen der anderen im Keller weiß. Und so ist das Zögern von Christian Wulff, seinen Rücktritt zu erklären, wahrscheinlich nur noch dem Umstand geschuldet, dass noch über seine künftige Absicherung verhandelt wird. Wie man ja nun weiß, hat er finanzielle Verpflichtungen übernommen, die er nur schwer tragen kann, obwohl sein Einkommen weit über den Durchschnittsverdiensten liegt. Aber im Umfeld der wirklich Reichen, in denen er sich gerne bewegt, ihm doch relativ gering erscheinen muss.

Jetzt könnte also Joachim Gauck auch von der CDU / CSU aufs Schild gehoben werden, als scheinbares Zugeständnis an SPD und Grüne, die ihn ja gegen Christian Wulff als Kandidaten gekürt hatten. Inhaltlich steht Gauck ja wohl den Konservativen näher als den rot-grünen Parteien.

Wenn Joachim Gauck auf eine neue Kandidatur eingehen und auch von CDU / CSU und damit von einer breiten Mehrheit der Bundesversammlung gewählt werden sollte, so würde er damit aber nicht der Bürgerpräsident sein, wie wenn ihn 2010 Volkes Stimme mit knapper Mehrheit in das Präsidentenamt getragen hätte. Er wäre dann doch – wie die anderen Präsidenten auch – eingedampft auf die politische Größe einer Schachfigur im Spiel der Mächtigen.

Die Linke hätte dann trotzdem ihr schlechtes Gewissen vor Augen – obwohl sie, um ihn zu verhindern, ihre Glaubwürdigkeit und Kampagnenfähigkeit über ihre unmittelbare Klientel hinaus verspielt hat.

*(Zusatz am 8.1.2012:.) Im Saarland leistet sich die Ministerpräsidentin von der CDU, Kramp-Karrenbauer, den größten Affront gegen ihren Koalitionspartner FDP, indem sie die FDP während der Rede von dessen Parteivorsitzenden, Rösler, auf dem Dreikönigstreffen der Partei, aus der Koalition wirft und damit den Koalitionsvertrag ohne Absprache – auch nicht mit den Grünen - bricht. Sie hätte ohne Weiteres auch noch bis Montag warten und eine Auflösung des Koalitionsvertrages in einem Koalitionsausschuss beraten bzw. ankündigen können. Mit dieser aggressiven, hinterhältigen und nicht vertrags-treuen Person will nun die saarländische SPD über eine Große Koalition im*

---

<sup>2</sup> Manchmal gibt es ja solche Exemplare in der Politik – z.B. den Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90 / Die Grünen, Ströbele. Er hat seine Bundestagswahlkreis in Berlin als Person erobert, ohne sich Joschka Fischer unterzuordnen, dem fast die ganze andere Partei huldigte und dessen Kriegspolitik auf dem Balkan mitmachte. Deswegen hieß es auch, „Ströbele wählen heißt Fischer quälen“

5 *Lande verhandeln. Mit solchen Personen und einer solchen Partei, die sowas mitmachen, kann man eigentlich gar nicht verhandeln, weil sie in keiner Weise vertrauenswürdig sind. Mit dem Beschluss vom Parteivorsitzenden der SPD, Maas, und dem Landesvorstand, Koalitionsverhandlungen mit der CDU und Kramp-Karrenbauer aufzunehmen, zeigt auch die SPD, dass Gier auf*  
10 *Posten Gehirn frisst. Und zeigt, aus welchen Charakteren auch dort unser politisches Führungspersonal zusammen gesetzt ist.*

Die sich abzeichnende ganz große Koalition, die ja inhaltlich schon besteht, entwaffnet die Bevölkerung in der kommenden Auseinandersetzung über die  
10 Abwälzung der von den Reichen übernommenen Lasten.